

**06.12.2003**

## **Eigentümer müssen zahlen**

**Die Stadt löscht die Grundbucheintragungen. Die Bürgerinitiative kommt Dienstag zu einer Sitzung zusammen.**

leer - Die Hauseigentümer im Projektgebiet „Soziale Stadt“ müssen nun doch Ausgleichsbeträge bezahlen. Das steht seit dieser Woche fest. Noch vor zwei Monaten hatten SPD und Grüne den Leuten Hoffnung gemacht, gar nichts zahlen zu müssen. Trotzdem schlägt die Bürgerinitiative keinen Alarm. Das hat zwei Gründe. Die Ausgleichsbeträge sind sehr moderat und nach oben begrenzt. Für das Projektgebiet östlich der Bahn wurden die Beträge auf maximal 1,60 Euro pro Quadratmeter Grundstücksfläche festgelegt. Westlich der Bahn liegen die Ausgleichsbeträge bei höchstens 2,32 Euro.

„Wenn man bedenkt, dass anfangs über Beträge jenseits von 40 Euro pro Quadratmeter gesprochen wurde, ist das für uns ein großer Erfolg“, sagte der Vorsitzende der Bürgerinitiative, Bernd Meyer der OZ. Deshalb rät er den Mitgliedern, das Angebot der Stadt anzunehmen. Zumal es mit dem Vorschlag noch ein Bonbon gibt. Wenn die Ausgleichsbeträge bezahlt sind, löscht die Stadt auf ihre Kosten die Grundbucheintragung über den Sanierungsvermerk. Das war ein Begehren der BI, die sich im vergangenen Jahr gegründet hat.

Gewehrt haben sich die Leute aber auch gegen die Ausgleichsbeträge. Darum gab es heftige Debatten und Proteste. Im Rathaus machte man den Leuten allerdings keine Hoffnung, um die Zahlungen herumzukommen. Selbst die Forderung nach einer Deckelung wurde stets mit Hinweis auf das Baugesetzbuch abgelehnt (siehe nebenstehenden Kommentar).

Am Dienstag will die Bürgerinitiative auf einer Sitzung in der Hohehellenschule über den Vorschlag abstimmen. Mit dem Projekt „Soziale Stadt“ soll das Wohnumfeld verbessert werden. Damit kann eine Wertsteigerung der Häuser einhergehen, die mit den Ausgleichsbeträgen abgegolten wird.